

## Vorläufige Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	41. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2013/041)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 14.11.2013
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

### Anwesend:

#### **Bürgermeister**

Büter, Felix

#### **CDU**

Benölken, Franz  
Bohmert, Heinrich  
Enning-Harmann, Rudolf  
Enste, Margarete  
Gerwing, Hermann - Josef  
Große-Berg, Franz-Josef  
Kreuziger, Petra  
Lefert, Heinrich  
Levi, Birgit  
Mensing, Peter  
Pomberg, Winfried  
Reehuis, Markus  
Schmeing, Aloys  
Terbrack, Karl Heinz  
Terhalle, Josef  
Vorkamp, Thomas  
Wantia, Beatrix  
Witte, Josef  
Woltering, Maria

ab TOP 3 der öffentlichen Sitzung

#### **SPD**

Dönnebrink, Andreas  
Fischer, Mathilde  
Haveresch, Reinhard  
Herickhoff, Hermann Josef  
Lambers, Klaus

## **UWG**

Heijnk, Annegret  
Homann, Dieter  
Kersting, Hubert  
Lange-Röttger, Annette  
Ruwe, Felix  
Schulte, Renate

## **FDP**

Gottheil, Christiane  
Horst, Reinhard  
Klein, Wolfgang

ab TOP 3 der öffentlichen Sitzung

## **Bündnis 90/Die Grünen**

Löhring, Klaus

## **WGW**

Frankemölle, Norbert  
Haveloh, Hermann Josef

## **PARTEILOS**

Müller, Horst

## **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg  
Beckmann, Georg  
Kühlkamp, Hermann

## **Schriftführer(in)**

Leuker, Werner

## **es fehlen entschuldigt:**

## **CDU**

Ellerkamp, Martin  
Wittenbrink, Thomas

## **SPD**

Gerick, Alfons  
Heitmann, Helene

## **Bündnis 90/Die Grünen**

Eisele, Dietmar

Der Rat gedenkt vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Ehrenratsherrn Franz Lenz. Bürgermeister Büter würdigt sein langes und engagiertes kommunalpolitisches Engagement und dankt für seinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Stadt Ahaus.

### **Tagesordnung:**

#### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 40. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 17.10.2013
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Vorstellung des Klimaschutzteilkonzeptes
- 4 Gesamtabschluss 2011 - Einbringung des Entwurfes gem. § 116 GO NRW in Verbindung mit § 95 III GO NRW
- 5 Schulorganisatorische Maßnahmen für die Sekundarstufe im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
- 6 Umbenennung von Straßennamen mit nationalsozialistischem Hintergrund in Ahaus
- 7 Abtretung der Stammanteile der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS) an der Berufsbildungsstätte Start GmbH (BBS START), Ludwigslust
- 8 Anträge der Fraktionen
- 8.1 Umbesetzung in Ausschüssen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2013

---

#### **A. Öffentliche Sitzung**

---

#### **1 Niederschrift über die 40. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 17.10.2013**

---

Bürgermeister Büter informiert den Rat im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes über die neuesten Entwicklungen zu dem in der öffentlichen Sitzung des Rates im September 2013 gefassten Beschluss über die Anpassung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen, für die Offene Ganztagschule in den Grundschulen sowie über die Heranziehung zu den Kosten der Tagespflege.

Die Stadt Borken habe der Anpassung mit Hinweis auf die im nächsten Jahr vorgesehene

Anpassung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vertagt und eine anschließende Wiedervorlage empfohlen. Eine entsprechende Beschlussfassung sei auch im Jugendhilfeausschuss der Stadt Gronau gefasst worden. Der Rat der Stadt Ahaus habe zwar im September 2013 bereits eine Änderungssatzung beschlossen, den Beschluss aber mit der Entscheidung in der darauffolgenden Sitzung unter den Vorbehalt einer kreisweit einheitlichen Lösung gestellt. Daher gelte bis zu einer solchen kreiseinheitlichen Lösung die bestehende Satzung weiter.

Die Niederschrift der 40. öffentlichen Sitzung des Rates vom 17.10.2013 wird anerkannt.

---

## **2 Einwohner/innenfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

---

## **3 Vorstellung des Klimaschutzteilkonzeptes**

---

V/2013/0743

Herr Dipl.-Ing. Stappenbeck von der K&L Ingenieurgesellschaft für Energiewirtschaft mbH stellt das Klimaschutzteilkonzept vor. Untersucht worden seien die klimawirksamen Energiewerte der 27 größten und energieintensivsten Einrichtungen der Stadt Ahaus. 50% der Projektkosten dieser Konzepterstellung würden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übernommen.

Der Untersuchung lägen vorhandene detaillierte Strukturdaten der Stadt Ahaus über Objekte und Flächen, Jahresenergieverbräuche und Daten zu den energetischen Anlagen zugrunde. Alle untersuchten Liegenschaften seien Vorort begutachtet worden. Der jährliche Energieverbrauch habe im Untersuchungsjahr 2011 bei 9 Mio. Kilowattstunden gelegen. 71% entfielen dabei auf den Energieträger Gas. Die teuerste Energieart sei der Strom, bei dem 25% der Kosten auf 17% des Energieverbrauchs entfielen. Weiterhin stellt Herr Stappenbeck weitere mögliche kurz-, mittel- und langfristige Einsparmöglichkeiten für die Stadt Ahaus dar. Einsparungen könne man insbesondere durch den konsequenten Austausch alter Beleuchtungseinrichtungen erzielen.

Ingesamt stehe die Stadt Ahaus im Vergleich zu allen übrigen untersuchten Kommunen sehr gut dar. Sie habe bereits zahlreiche Einsparmaßnahmen ergriffen und umgesetzt. Energieverbräuche lägen beinahe durchgängig für alle begutachteten Objekte im unteren Verbrauchsbereich. Die Energiekennzahlen seien vorbildlich. Steigende Energiekosten machten jedoch weitere technische Anpassungen auch unter Kostengesichtspunkten attraktiv und seien wirtschaftlich darstellbar.

Der Rat nimmt die Ausführungen zum Klimaschutzteilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ zur Kenntnis.

---

## **4 Gesamtabschluss 2011 - Einbringung des Entwurfes gem. § 116 GO NRW in Verbindung mit § 95 III GO NRW**

---

V/2013/0737

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass die Verwaltung jetzt bereits den zweiten Gesamtabschluss vorlegen könne.

Ziel sei es, die Finanzergebnisse der verselbständigten Einheiten insgesamt zusammenzufassen, um so eine bessere Übersicht über die Gesamtfinanzlage der Stadt erhalten zu können. Der Gesamtabschluss sei in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen CURACON erstellt worden.

Beigeordneter Althoff erläutert detailliert die einzelnen Teilbereiche des Gesamtabschlusses 2011. Das Gesamtabschlussergebnis belaufe sich auf –1.201.182,09 EUR. Dieses Defizit müsse über die Rücklage ausgeglichen werden. Der vorgelegte Entwurf müsse nun zunächst zur weiteren Vorberatung in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen werden.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt den vorgelegten Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2011 zur Kenntnis und überweist ihn zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

---

## **5 Schulorganisatorische Maßnahmen für die Sekundarstufe im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung** V/2013/0735

---

Verwaltungsvorstand Kühlkamp weist auf die umfangreiche Vorberatung im Schul- und Kulturausschuss hin und erläutert die wesentlichen Eckpunkte der vorliegenden Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Sekundarstufe.

Aufgrund der dramatisch einbrechenden Anmeldezahlen an der Annette-von-Droste-Hülshoffschule in Alstätte schlage die Verwaltung schweren Herzens vor, die Schule auslaufend aufzulösen. Ab dem Schuljahr 2014/2015 sollen demnach keine neuen Eingangsklassen mehr gebildet werden. Dieser Vorschlag sei der Verwaltung nicht leicht gefallen. Jedoch konnte bereits im laufenden Schuljahr eine Eingangsklasse mit 16 Schülerinnen und Schülern nur noch mit Hilfe einer einmaligen Ausnahmegenehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde eingerichtet werden. Folglich hätten die Eltern - und nicht die Verwaltung - entschieden. Sie bewegten sich damit jedoch in einem landesweit erkennbaren Trend. Es gebe erste Landkreise, in denen keine einzige Hauptschuleingangsklasse mehr gebildet werde.

Über einen möglichen Fortbestand der Schule habe die Verwaltung sehr offen und intensiv mit der Schulleitung, der Schulaufsicht, den Schulgremien und den Elternvertretern gesprochen. Übereinstimmend seien alle zu dem Ergebnis gelangt, dass eine fortdauernde gesicherte und erforderliche Zweizügigkeit unter den jetzigen Bedingungen nicht möglich erscheine.

Gleichzeitig schlage die Verwaltung vor, an der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule ab dem Schuljahr 2014/15 keine Eingangsklasse mehr zu bilden und die im Jahr 2018 auslaufende Franziskussschule als Teilstandort der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule zu führen. Damit könne die bestmögliche Beschulung der verbleibenden Schülerinnen und Schüler beider Schulen, eine gute Lehrerversorgung an beiden Standorten, die Differenzierung der Unterrichtsangebote unter einer Schulleitung bis zum Auslaufen gewährleistet werden.

Ferner empfehle die Verwaltung, die neu gegründete Gesamtschule vorübergehend mit 7 Eingangsklassen für 2 oder 3 Jahre einzurichten. Die Verwaltung könne so sicherstellen, dass die Stadt für alle Schülerinnen und Schüler ein passendes Schulangebot bereithalte. Letztlich würden aber die Eltern darüber entscheiden können, ihre Kinder an einer Schule in Ahaus oder auch in einer anderen Kommune anzumelden.

Die Verwaltung schlage auf Anregung der Schulen abschließend vor, eine „Arbeitsgruppe Schulzentrum Vestert“ einzurichten. drei Schulnutzungen in einem Schulzentrum mit einer wachsenden und zwei auslaufenden Schulen erforderten eine hohe permanente Abstimmung. Es müsse insbesondere sichergestellt werden, dass auch die auslaufenden Schulsysteme in den ihr verbleibenden Schuljahren ein Höchstmaß an qualifiziertem Unterricht gewährleisten können.

Ratsherr Schmeing (CDU-Fraktion) hält es für eine historische und bedauernswerte Entscheidung, eine sich über Jahrzehnten bewährte Schulform in unserer Stadt jetzt auflösen zu müssen. Der eindeutig erkennbare Elternwille lasse jedoch eine andere Entscheidung nicht zu.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) dankt der Verwaltung für ihren intensiven Austausch mit den Eltern in Alstätte. Nur so konnte das Verständnis für diese heutige Entscheidung langsam wachsen und mitgetragen werden. Diesem Dank schließen sich nahezu alle Fraktionen und ausdrücklich auch Bürgermeister Büter an.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) erinnert daran, dass seine Fraktion bereits im Jahr 2010 auf diese Entwicklung hingewiesen habe. Die Verwaltung und Mehrheitsfraktion hätten diese Entwicklung deutlich früher erkennen müssen.

UWG-Fraktionsvorsitzender Ruwe bedauert diese Entwicklung auch aus der Sicht des Handwerks und der Berufsbildungseinrichtungen. Ursächlich für diese Entwicklung sei jedoch nicht die Stadt Ahaus, sondern vielmehr die Bundes- und Landespolitik.

Für die CDU-Fraktion verwarft sich Fraktionsvorsitzender Vorkamp gegen die bewusst falsche Darstellung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er erinnere sich sehr genau an die seinerzeitige Wortwahl „abwickeln“ und den hergestellten Kontext in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses. Vielmehr sei es gerade aus heutiger Sicht sehr vernünftig gewesen, gesicherte rechtliche Rahmenbedingungen zunächst abzuwarten.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dönnebrink erklärt, dass auch seine Fraktion mit dem von der Verwaltung vorgelegten Ergebnis insgesamt einverstanden sei, insbesondere auch deshalb, weil abhängig von den zukünftigen Anmeldezahlen die vorübergehende Schaffung einer siebten Eingangsklasse in der Gesamtschule bei der Bezirksregierung beantragt werden solle. Damit müssten Ahauser Schülerinnen und Schüler nicht in Schulen benachbarter Kommunen ausweichen.

Ratsherr Klein bedauert für die FDP-Fraktion die jetzt notwendig gewordene Auflösung der Hauptschulen. Sie sei immer ein gutes Fundament für das heimische Handwerk gewesen. Da diese Entscheidung aber dem Elternwillen folge, sei auch die FDP-Fraktion mit dem Vorschlag einverstanden. Dieser Einschätzung schließt sich der WGK-Fraktionsvorsitzende Haveloh an.

Abschließend erläutert Verwaltungsvorstand Kühlkamp, dass aus Sicht der Stadt Ahaus als Schulträger nun auch für die Schulform Gymnasium und hier für das Alexander-Hegius-Gymnasium die Einführung des Ganztagsbetriebes vorgeschlagen werden solle. Die Umsetzung erfordere aber zunächst die Zustimmung der oberen Schulaufsichtsbehörde. Dieser Vorschlag sei das Ergebnis intensiver Vorgespräche der Schulleitung mit den Schul- und Elterngremien des Alexander-Hegius-Gymnasiums.

1. Der Rat begrüßt, dass auf der Grundlage der aktuellen Prognosen mittelfristig voraussichtlich alle Schüler/innen der Sekundarstufe in Ahaus beschult werden können.
2. Der Rat beschließt, die Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule auslaufend aufzulösen, dort ab dem Schuljahr 2014/15 keine Eingangsklasse mehr zu bilden und gleichzeitig die bereits auslaufend gestellte Franziskussschule als Teilstandort der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule zu führen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - a) bei der Bezirksregierung Münster zum Schuljahr 2014/15 die auslaufende Auflösung der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule und die Bildung eines Teilstandortes am Standort der Franziskussschule zu beantragen,
  - b) die Zustimmung der Bezirksregierung Münster einzuholen, dass vorbehaltlich der Schulanmeldungen an der Gesamtschule in den Schuljahren 2014/15, 2015/16 und 2016/17 vorübergehend sieben Eingangsklassen eingerichtet werden können, und den ggf. größeren Schulraumbedarf im Rahmen der Fortschreibung der Schulent-

wicklungsplanung für die Sekundarstufe unter Einbeziehung des Schulzentrums Alstätte zu prüfen sowie

- c) die Einführung des Ganztagsbetriebs am Alexander-Hegius-Gymnasium zum Schuljahr 2015/16 bei der Bezirksregierung Münster anzumelden und den Schulraumbedarf ebenfalls im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zu prüfen.
4. Der Rat nimmt die vorgetragenen Anregungen und Forderungen der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule, der Franziskussschule, der Realschule im Vestert und der Gesamtschule zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Arbeitsgruppe bestehend aus den Schulleitungen der genannten Schulen und der Verwaltung zu bilden mit dem Ziel, das Nutzungskonzept für das Schulzentrum Vestert den aktualisierten Bedarfen anzupassen und fortzuschreiben, um eine für alle Schulen ausgewogene Raumnutzung sicherzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## **6 Umbenennung von Straßennamen mit nationalsozialistischem Hintergrund in Ahaus**

V/2011/0422/2

Bürgermeister Büter erläutert, dass sich trotz einer nochmaligen Nachfrage der Verwaltung aufgrund einer Anfrage der UWG-Anfrage im Rat keine Schule in Ahaus ihr Interesse an einer Aufarbeitung des Themas bekundet habe.

Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) stellt fest, dass damit das Projekt, gemeinsam mit Schulen in der Stadt Ahaus das Thema „Straßennamen mit nationalsozialistischem Hintergrund“ zu bearbeiten, gescheitert sei. Deshalb beantrage sie für ihre Fraktion erneut, wie auch bereits in der Sitzung des Rates am 20.10.2012, die Straßennamen wie folgt umzubenennen:

- „Hindenburgallee“ in „Schlossallee“
- „Wagenfeldstraße“ in „Storpstraße“
- „Lönsweg“ in „de Jong-Straße“

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) resümiert aus der fehlenden Bereitschaft der Schulen, dass damit ausgehend von dem Ursprungsbeschluss des Rates nun die Verwaltung den Auftrag habe, die Zusatzschilder zu erarbeiten und anzubringen. Es bleibe also die Frage, wer in der Verwaltung hierfür zuständig sei.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass er als Verwaltungsvorstand für dieses Sachthema verantwortlich und zuständig sei. Er sehe jedoch anders als der Fraktionsvorsitzende Löhring den Ursprungsbeschluss als Gesamtheit, der sich nicht ohne weiteres in andere oder übrig gebliebene Beschlussteile verändern lasse. Dies liege vielmehr in der Entscheidungskompetenz des Rates.

Ratsherr Herickhoff (SPD-Fraktion) erklärt in seiner ausführlichen Begründung, dass seine Fraktion weiterhin für die Umbenennung der belasteten Straßennamen eintrete. Wünschenswert sei darüber hinaus eine Durchforstung aller Straßennamen in der Stadt. Daher beantrage die SPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, nach Alternativen für eine Aufarbeitung der mit nationalsozialistischem Hintergrund belasteten Straßennamen zu suchen. Die Ergebnisse sollten in der Sitzung des Rates am 18. Dezember 2013 vorgelegt werden. Anbieten würde sich zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit dem VHS-Arbeitskreis „Ahauser Geschichte 1933 bis 1945“.

Bürgermeister Büter weist auf den aus seiner Sicht bestehenden deutlichen Widerspruch zwischen der von der SPD-Fraktion betonten großen Bedeutung des Themas und der engen

Zeitvorgabe hin. Arbeitsaufträge könnten sicherlich besprochen und vereinbart werden. Die Erwartung eines abschließenden Ergebnisvorschlages sei jedoch nicht realistisch.

CDU-Ratsherr Enning-Harmann erläutert die auch in der bisherigen Beratung bereits vertretene Auffassung seiner Fraktion. Entscheidend sei der Bürgerwille. Viele persönliche Gespräche mit den Anwohnern betroffener Straßen sowie mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern, auch in jüngster Zeit, hätten ergeben, dass eine überzeugend überwiegender Anteil gegen eine Umbenennung sei. Ergänzend erklären Ratsfrau Enste und Ratsherr Große-Berg (CDU-Fraktion), dass Straßennamen mit gegebenenfalls zusätzlichen Erläuterungen auch Anlass für eine andauernde Erinnerungs- und Diskussionskultur bleiben müssten. Gelöschte Straßennamen verlören ihre erinnernde und mahnende Funktion. Dieser Auffassung schließt sich auch Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) an und empfiehlt ergänzend, sich über bereits umgesetzte Maßnahmen in anderen Kommunen zu informieren.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP) sieht durch die nicht zustande gekommene Beteiligung der Schulen keinerlei entscheidungserhebliche Veränderungen zum seinerzeit gefassten Beschluss. Vielmehr wäre eine Zusatzbeschilderung mit weitergehenden Erläuterungen weiterhin wünschenswert und könne den heutigen technischen Möglichkeiten entsprechend durch einen QR-Code ergänzt werden, der den Abruf weiterer Informationen über Smartphones oder Tablets möglich mache. Die Verwaltung möge dann die weiteren Schritte veranlassen.

Auf Antrag des Fraktionsvorsitzenden Dönnebrink (SPD-Fraktion) unterbricht Bürgermeister Büter um 20.25 Uhr die Sitzung für 5 Minuten. Die Sitzung wird um 20.30 Uhr fortgesetzt. Bürgermeister Büter lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der UWG-Fraktion abstimmen:

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 11 Ja-Stimmen
- 24 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt. Bürgermeister Büter fasst anschließend die sich aus der Beratung ergebene Beschlusspunkte der übrigen Fraktionen zu einem Beschlussvorschlag wie folgt zusammen:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine historisch-politische Aufarbeitung der Straßennamen „Hindenburgallee“, „Wagenfeldstraße“ und „Lönsweg“ zu erarbeiten. Sie soll sich vorab bei Kommunen erkundigen, die eine solche Aufarbeitung bereits vorgenommen haben.
2. Die Aufarbeitung soll Grundlage für Zusatzschilder sein, die die Straßennamen näher erläutern.
3. Diese sollen zusätzlich mit einem zweidimensionalen QR-Code (Quick Response = „schnelle Antwort“) versehen werden, über den digitale Zusatzinformationen zu den Straßennamen abgerufen werden können.
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Informationstexte werden in einem interfraktionellen Gespräch abgestimmt.

Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine historisch-politische Aufarbeitung der Straßennamen „Hindenburgallee“, „Wagenfeldstraße“ und „Lönsweg“ zu erarbeiten. Sie soll sich vorab bei Kommunen erkundigen, die eine solche Aufarbeitung bereits vorgenommen haben.
2. Die Aufarbeitung soll Grundlage für Zusatzschilder sein, die die Straßennamen näher erläutern.



3. Diese sollen zusätzlich mit einem zweidimensionalen QR-Code (Quick Response = „schnelle Antwort“) versehen werden, über den digitale Zusatzinformationen zu den Straßennamen abgerufen werden können.
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Informationstexte werden in einem interfraktionellen Gespräch abgestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## **7 Abtretung der Stammanteile der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS) an der Berufsbildungsstätte Start GmbH (BBS START), Ludwigslust**

V/2011/0330/3

---

1. Der Rat der Stadt Ahaus stimmt der Abtretung der Stammanteile der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS GmbH) an der Berufsbildungsstätte START GmbH (BBS Start GmbH) zu.
2. Der Rat der Stadt Ahaus weist die Vertreter/-innen der Stadt Ahaus an, in den Gesellschaftsgremien der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH und der Berufsbildungsstätte START GmbH entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## **8 Anträge der Fraktionen**

---

### **8.1 Umbesetzung in Ausschüssen - Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2013**

A/2013/0112

---

Der Rat beschließt auf Vorschlag der SPD-Fraktion folgende Ausschussumbesetzung:

#### **Schul- und Kulturausschuss:**

Herr Ludwig Niestegge, Telgenkamp 9, 48683 Ahaus als stellv. Mitglied (sachkundiger Bürger) für Herrn Ozan Kubat, Scharfland 4B, 48683 Ahaus.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Zum Abschluss der öffentlichen Sitzung informiert der Bürgermeister den Rat über aktuelle Entwicklungen bei der Anpassung der Schullandschaft der Förderschulen. Er weist insbesondere darauf hin, dass abweichend von den Empfehlungen des von den kommunalen Schulträgern (Gronau, Ahaus, Stadtlohn, Vreden, Borken, Bocholt, Kreis Borken) der Förderschulen Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung und Sprache zusammen mit der Schulaufsicht in Auftrag gegebenen Gutachtens von Herrn Dr. Habeck, Institut für Schulentwicklungsforschung in Dortmund, die politischen Gremien in Gronau und Bocholt beschlos-

sen hätten, ihre Förderschulen zum 1. August 2014 nicht aufzulösen. Während die Stadt Gronau die Verwaltung gebeten habe, Lösungsvorschläge zu entwickeln, sei die Stadt Bocholt zwar weiterhin einer kreisweiten Lösung interessiert, jedoch unter der Bedingung, dass die Overbergschule in Bocholt nicht aufgelöst werde und in der Trägerschaft der Stadt Bocholt oder des Kreises Borken erhalten bleibe.

Bürgermeister Büter öffnet im Anschluss erneut die öffentliche Sitzung.

Fragen der Ratsmitglieder:

1. Ratsherr Mensing (CDU-Fraktion) und Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zu einer neuen großen Werbeanlage an der Stadtlöhner Straße in Ahaus-Wüllen.
2. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) zum Umbau des ehemaligen Fraktionszimmers der SPD-Fraktion.
3. Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) zur möglichen Einrichtung eines gesonderten Sanitätsraumes für einen Schüler mit einem erhöhten hygienischen Betreuungsaufwand an der Pestalozzischule.
4. Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) zu der möglichen Entscheidung des Bürgermeisters zu einem möglichen vorzeitigen Amtsverzicht im Rahmen der landesrechtlichen Sonderregelung.

Felix Büter  
(Bürgermeister)

Werner Leuker  
(Schriftführer)